

als Gott der Menschen und als Gott, der für diese Welt Hoffnung aufrichtet. Diese Einheit von Schöpfung und Erlösung könnte man bis zu einem gewissen Grad als die Grundaussage christlichen Glaubens bezeichnen, die die christliche Hoffnung auch unterscheidet von asiatischen Formen der Religiosität, von denen wir in diesem Gespräch nicht ausführlich sprechen konnten.

HK: Und wie müßte die Verknüpfung von Schöpfung und Eschatologie aussehen, damit sie lebenspraktisch, existentiell werden kann?

Kasper: Da eine Reihe von Gesichtspunkten bereits genannt wurde, eine umfassende Antwort aber auf eine Gesamtdarstellung der christlichen Ethik hinausliefe, beschränke ich mich abschließend auf nur einen Gesichtspunkt. Die Spannungseinheit von Schöpfung und Erlösung begründet

eine geschichtliche und dynamische Sicht der Wirklichkeit. Alles, was ist, ist je über sich hinaus auf eine letzte Vollendung hin. Die Welt ist unfertig; sie ist dem Menschen gegeben und aufgegeben, freilich nicht zur zügellosen Ausbeutung und Manipulation, sondern zur Vollendung. Die Hoffnung begründet also die Sorge für das Leben, und heute mehr denn je: Sorge für das Überleben der Menschheit in Menschlichkeit. Am deutlichsten wird der Zusammenhang von Schöpfung und Erlösung in der Feier der Liturgie. Denn indem wir als Christen den Tod des Herrn feiern, vergegenwärtigen wir zugleich die eschatologische Vollendung des Menschen und der Welt. Daß wir dies in der Weise der Eucharistie, der Danksagung, tun, zeigt, daß die Vollendung des Ganzen unseres Lebens wie der Wirklichkeit insgesamt nicht unser Werk ist, sosehr die Gewißheit der Hoffnung uns zur Tat ermutigt.

Dokument des Monats

„Die seelische Temperatur in unserem Lande sinkt“

Die Rede von Bundespräsident Walter Scheel bei der diesjährigen Verleihung des Theodor-Heuss-Preises

Anlässlich der diesjährigen Verleihung des Theodor-Heuss-Preises (11. 2. 77) hielt Bundespräsident Scheel eine auch in der Tagespresse vielbeachtete Rede. Er befaßte sich darin besonders mit zwei einander durchdringenden Fragekomplexen des politischen bzw. völpolitischen (vorstaatlichen) Raumes: mit dem Kontrast zwischen wirtschaftlichem Wohlergehen und existentieller Zufriedenheit und der Abhängigkeit von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technischen Teilmaßnahmen, von dem Ringen um eine politisch zu verwirklichende Gesamtkonzeption gesellschaftlich-staatlicher Ordnung. Dabei nahm er zu einer Reihe hochpolitischer und gegenwärtig besonders aktueller Themen Stellung: Grundwerte, Bürgerinitiativen, Glaubwürdigkeit politischer Parteien usw. Obwohl gerade der einleitende Teil der Rede ein problematisches altliberales Staatsverständnis verrät, in dem individuelle Freiheit und Gemeinwohl über den staats-theoretisch unscharfen Begriff der „Gemeinschaft“ nur notdürftig harmonisiert werden, ist die Rede des Bundespräsidenten doch in dreierlei Hinsicht bemerkenswert: 1. erscheint die Rede als ein Modell, wie ein Staatspräsident zu Grundfragen des gesellschaftlich-staatlichen Lebens politisch Stellung nehmen kann, ohne sein Amt tagespolitisch vermarkten zu müssen; 2. wird hier zum ersten Mal entschieden die Grundwertefrage unter dem Gesichtspunkt praktischer, zukunftsorientierter Gestaltung, also, wie Scheel sagt, von ihrer „Kehrseite“ her anvisiert; 3. spricht hier ein Politiker in hoher repräsentativer Funktion über Zusammenhänge, die im öffentlichen Bewußtsein auch in einem besonderen Zusammenhang mit den Aufgaben der Kirchen stehen. Die Art,

wie dies geschieht, dürfte also gerade in Richtung Kirchen von einigem Interesse sein. Hier der Wortlaut, aus dem lediglich eine kurze, eher protokollarische Passage zur Preisverleihung weg gelassen ist.

Von Ludwig XIV. ist das Wort überliefert „L'état c'est moi“ – „Der Staat bin ich“. Diesem Wort wird häufig der Satz Friedrichs des Großen gegenübergestellt „Ich bin der erste Diener meines Staates“. Mit diesen zwei Zitaten wird auf den Schulen der Übergang von der absoluten zur aufgeklärten Monarchie veranschaulicht.

Ein großer Deutscher hat Demokratie als eine Gemeinschaft von Königen bezeichnet. Er wollte damit ausdrücken, daß der Bürger eines freien Gemeinwesens der Souverän seiner eigenen Entscheidungen ist. Bezieht man jene beiden königlichen Worte auf den Bürger einer Demokratie, so erscheinen sie nicht mehr als Gegensatz, dann bedingen sie einander, dann sind sie, wie man so sagt, die zwei Kehrseiten einer Medaille.

Es ist unsere Überzeugung, daß der Bürger das Recht hat zu sagen: Der Staat bin ich. Das gilt in zweierlei Weise: Der Bürger ist der ursprüngliche Träger der staatlichen Gewalt. Alle demokratischen Institutionen haben ihren Grund und ihre alleinige Legitimation in dieser Souveränität des Bürgers; sie sind verfaßte Organe seines Willens. Unsere Verfassung ist die Form und die Regel, in der dieser Bürgerwille sich äußert.

Das Wohl des Bürgers, jedes einzelnen, ist jedoch auch das Ziel allen staatlichen Handelns. Von daher erhält es seinen Sinn. Der

Staat ist dazu da, dem einzelnen die Rahmenbedingungen dafür zu geben, daß er seine Vorstellungen von Glück verfolgen und, soweit dies in dieser Welt möglich ist, verwirklichen kann. Der einzelne Bürger ist somit Ausgangspunkt und Ziel der Demokratie.

Der einzelne jedoch kann sich selbst nur in der Gemeinschaft verwirklichen; er braucht, um sich als einzelner entfalten zu können, die Gemeinschaft. Die Souveränität des einzelnen findet in der Souveränität der anderen nicht nur ihre Schranke, sondern auch ihre Aufgabe. Freiheit im demokratischen Sinne ist nicht nur ein Individualbegriff, Freiheit ist im gleichen Maße ein sozialer Begriff: Die Freiheit des einzelnen bedingt die Freiheit der Gemeinschaft, und die Freiheit der Gemeinschaft ermöglicht die Freiheit des einzelnen. Leidet das eine, nimmt auch das andere Schaden. Die Gemeinschaft ist die beste, in der die Freiheit des einzelnen und die der Gemeinschaft als eine Einheit verstanden werden. Und am freiesten ist der Bürger, der seine Fähigkeiten im freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft verwirklicht. Freiheit und Dienen, Recht und Bindung streben in einer Demokratie jederzeit zu einem immer wieder gefährdeten Gleichgewicht, das täglich neu bestimmt und errungen werden muß. In anderen Staatsformen liegen die Dinge einfacher: Dort ist man Herr *oder* Diener. In einer Demokratie ist jeder Herr *und* Diener, ist jeder der Staat und der erste Diener des Staates.

Nur wenn wir das Verhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft so verstehen, ist der Staat – ich zitiere ein Wort Thomas Manns – „die unzweifelhaft höchste Stufe des Menschlichen“. Nur dann ist, so fährt Thomas Mann fort, „das Problem des Staates, das politische Problem ... als eine Angelegenheit des inneren Menschen, seiner Vervollkommnung, seines Besser- und Weiserwerdens zu erleben und zu begreifen und schließt es den Kreis des Menschlichen“. Weder der schrankenlose Egoismus des einzelnen noch der totalitäre Anspruch einer Klasse, eines Staatsapparates sind mit der Demokratie unvereinbar. Wir wollen beides: den einzelnen *und* die Gemeinschaft des Staates ...

„Der Mut, das Leben aus eigener Verantwortung zu gestalten, nimmt ab“

Ich habe gehört, daß noch nicht veröffentlichte Untersuchungen des Instituts Allensbach offenbar ergeben haben, daß sich die Unlustgefühle der Menschen in unserem Lande vermehren. Sie haben weniger Freude an ihrer Arbeit – und ganz allgemein weniger Lebensfreude. Das heißt: Die Menschen werden nicht nur mit dem Staat, mit den politischen und gesellschaftlichen Organisationen, mit unserer Konsum- oder Leistungsgesellschaft, mit diesem oder jenem unzufrieden, sondern mit ihrem Leben insgesamt. Der Mut, sein Leben in eigener Verantwortung zu gestalten, nimmt ab. Diese Entwicklung gilt nach der Erfahrung der Meinungsforscher nicht nur für einzelne Gruppen, sondern für alle: Selbständige und Unselbständige, Groß- und Kleinbetriebe, Hausfrauen und Unternehmer, Männer und Frauen, Junge und Alte.

Ein solcher Stimmungswandel in der Bevölkerung sollte jedem, der sich für das Allgemeinwohl verantwortlich fühlt, sehr zu denken geben. Es gibt kein Allgemeinwohl, wenn die Menschen sich unwohl fühlen. Nach den erwähnten Untersuchungen – die ja nur belegen, was viele von uns mehr oder weniger deutlich empfinden – gab es ein Unbehagen lange vor der Ölkrise, lange bevor Arbeitslosigkeit bei uns zum Problem wurde. Das allgemeine Wohl ist offenbar keine Funktion des Wohlstandes, des

Lebensstandards. Sonst hätte die Lebensfreude mit steigendem Wohlstand wachsen müssen. Der Mensch braucht offenbar mehr und anderes und vielleicht Wichtigeres, um sich wohl zu fühlen. Die Freude an Arbeit und Freizeit läßt nach. Die Neigung zur Kommunikation, zur Kontaktaufnahme mit anderen Menschen wächst. Auch das ist ein Ergebnis der Untersuchungen. Es gibt uns einen Hinweis darauf, wo die Ursachen für jenen Verlust an Lebensfreude zu suchen sind. Offenbar hat die Entwicklung der letzten Jahre zu einem Ungleichgewicht in jenem Verhältnis zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft geführt, von dem ich zu Anfang gesprochen habe. Vielleicht haben wir das Wohl des Menschen doch zu ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen und darüber andere Grundbedürfnisse des Menschen vernachlässigt. An die Stelle des Ladens an der Ecke sind Selbstbedienungsläden und Kaufhäuser getreten. Städte und Landschaften werden durch breite Straßen getrennt, die nahezu jede Kommunikation hinüber und herüber unmöglich machen. Auf die schädlichen sozialen Wirkungen bestimmter Formen eines seelenlosen Wohnungsbaus habe ich schon mehrfach hingewiesen. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Überall findet ein Abbau menschlicher Begegnungsmöglichkeiten statt. Alles drängt zum Großen, Massenhaften. Der einzelne fühlt sich zunehmend isoliert. Die seelische Temperatur in unserem Lande sinkt.

Das ist ein politisches Problem; ich halte es für *das* politische Problem unserer Zeit. Die Freiheit einer Gesellschaft, in der der einzelne immer mehr isoliert und damit seiner sozialen Wirkungsmöglichkeiten beraubt wird, ist in Gefahr. Noch können wir dieser Gefahr begegnen.

Manche Worte unserer Sprache zeigen, daß man unempfindlicher geworden ist für jenes immer gefährdete Gleichgewicht zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft. Wie leicht geht uns das Wort von „der modernen Massengesellschaft“ von den Lippen. Ein demokratischer Zustand wird damit jedoch auf keinen Fall beschrieben. Masse bedeutet ja wohl, daß die Individualität des einzelnen im Verhältnis zu den anderen Menschen untergegangen ist. Gerade das aber wollen wir nicht und dürfen wir nicht wollen.

Wenn wir der Vermassung entgehen wollen, dann müssen wir den sozialen Wirkungsmöglichkeiten des einzelnen, in denen er seine Persönlichkeit entfalten kann, wieder in den Mittelpunkt unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns stellen. Dann müssen wir auch bei unseren ökonomischen Entscheidungen darauf achten, daß keine Entscheidungen getroffen werden, die zwar wirtschaftlich sinnvoll sind, der Vermassung jedoch Vorschub leisten können. Dann müssen wir dem Glauben abschwören, daß alles, was der Wirtschaft dient, auch der Freiheit und der Würde des Menschen diene.

„Wir müssen alles, was wir tun, an den Grundnormen der Verfassung messen“

Das heißt: Wir müssen alles, was wir tun, an den Grundnormen unserer Verfassung, den Artikeln 1 und 2 des Grundgesetzes, messen. Die übrigen Grundrechte sind Ausgestaltung dessen, was dort als „die Würde des Menschen“, als „die freie Entfaltung der Persönlichkeit“, als „die Freiheit der Person“ bezeichnet wird. Diese Werte sind das Fundament unserer demokratischen Gemeinschaft, das heißt unseres Staates. Alles, was diesen Werten zu größerer Wirksamkeit verhilft, dient unserem Staat. Alles, was die Verwirklichung dieser Werte erschwert oder gar verhindert, schadet unserem Staat. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir alle

Erscheinungen unseres Lebens auf allen Gebieten daraufhin prüfen, inwieweit diese Werte verwirklicht sind.

Darüber hat allerdings kein einzelner und keine einzelne Gruppe zu befinden, weder Regierungen noch die Kirchen, weder Journalisten noch Schriftsteller, weder Philosophen noch Sozialwissenschaftler. Sicher, es ist ein Irrtum zu glauben, unsere Demokratie, unsere Verfassung seien wertneutral. Es ist aber ebenfalls ein Irrtum zu glauben, es gäbe nur *einen* Weg, diese demokratischen Grundwerte zu realisieren. Je nach politischer, religiöser, philosophischer, weltanschaulicher oder sozialer Stellung wird der einzelne andere Vorstellungen als seine Mitbürger davon haben, wie diese Grundwerte zu verwirklichen seien. Hier nun setzt die Grundwerte-Diskussion ein, deren Notwendigkeit von vielen verantwortungsbewußten Bürgern und Gruppen erkannt wird.

Es ist notwendig, daß wir uns darüber unterhalten, wie die Grundwerte unserer Verfassung in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit an allen Stellen unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens verwirklicht werden können. Je konkreter dies geschieht, desto besser. Wenn wir feststellen, daß bestimmte Formen des Wohnungsbaus, der Bildungspolitik – zum Beispiel der Numerus clausus – oder bestimmte Arbeitsbedingungen die freie Entfaltung der Persönlichkeit behindern, müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir diese Formen und Bedingungen ändern können, damit diese schädlichen Folgen nicht eintreten.

Wenn auch niemand allein darüber zu entscheiden hat, wie die Grundwerte zu verwirklichen sind, so kann doch jeder mündige Bürger seinen Beitrag zu dieser Diskussion leisten. Und ich bin sicher: Bei einer solchen breiten öffentlichen Diskussion würden all die Gründe zutage treten, die heute die Lebensfreude der Menschen bedrohen.

Diese Sorgen und Nöte der Bürger, sie sind das eigentliche Thema der Politik. Sie sollten es wenigstens sein. Die Parteien sind nach unserer Verfassung besonders dazu berufen, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ich möchte sie ausdrücklich dazu ermutigen, die Grundwertediskussion in den Parteien zu beleben, ihre Vorstellungen zu entwickeln, den Bürgern darzulegen und um Mehrheiten für ihre Vorstellungen zu werben. Dann wird deutlich werden, was den Parteien gemeinsam ist und was sie trennt. Dann werden die politischen Alternativen klarer und einsichtiger für den Bürger sein. Erst dann kann sich der Bürger für eine bestimmte Zukunft entscheiden.

Denn das scheint mir klar zu sein: Der Verlust an Lebensfreude hängt sicher auch damit zusammen, daß die Menschen nicht mehr wissen, wie es weitergehen soll, wie es weitergehen wird. Wer keine Zukunft sieht, hat auch keine Hoffnung; und wer keine Hoffnung hat, wie sollte der Freude an seiner Arbeit und an seinem Leben haben?

Wenn wir zurückblicken, gewahren wir die gewaltige Aufbauleistung unseres Volkes nach dem Krieg. Zu Anfang war unser Land zerstört, und wir waren arm. Heute ist das Land aufgebaut, und wir sind reich. Solange es um den Aufbau ging, brauchten wir nach dem Sinn unseres Tuns nicht zu fragen. Doch nun, da der Aufbau geschafft ist, stellt sich die Frage: Wie soll es weitergehen? Was ist denn eigentlich unser Ziel?

Technische Entwicklungen und Erfindungen beeinflussen unser Leben, ohne daß wir es so recht wahrnehmen: die ungeheure Vermehrung der Autos, die Fernsehapparate, die Flugverbindungen, das Telefon, die Pille, die Wasch- und Spülmaschinen, die Kühlschränke und vieles andere mehr, all das hat unser Leben

von Grund auf verändert. Wer hat eigentlich die Entscheidungen gefällt, die diese Veränderungen bewirkten? Ist irgend jemand für diese Veränderungen verantwortlich? Oder ist es nicht vielmehr so, daß sich diese Veränderungen einfach irgendwie ergaben, daß wir einem Fortschritt gehorchten, dessen positive und negative Auswirkungen vorher niemand eigentlich recht über-sah?

„Die Bürger sind es leid, einer Entwicklung überantwortet zu sein, für die niemand verantwortlich ist“

Ich leugne nicht, daß diese Entwicklungen ihre positiven Seiten haben, daß sie in bestimmter Weise auch unsere Freiheitsräume erweitert haben. Ich frage mich nur, ob all das auch genau so gekommen wäre, wenn wir die Folgen dieser technischen Entwicklung vorher gekannt hätten, wenn wir vorher, in Kenntnis dieser Folgen, darüber hätten entscheiden können.

Ich will sagen: Viele der modernen Techniken haben Risiken mit sich gebracht, die vorher niemand übersah oder übersehen konnte, die niemand gewollt hat, für die niemand die Verantwortung trägt. Wir sind blind einem blinden Fortschritt gefolgt, von dem niemand weiß, wohin er uns jetzt, wenn es so weitergeht, führen wird. Nicht wir selbst, nicht die von uns gewählten Vertreter haben über diese entscheidenden Veränderungen entschieden, sondern der Fortschritt. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, wir seien Gefangene des Fortschritts gewesen.

Ich habe das Gefühl, daß die Bürger in unserem Land es leid sind, einer Entwicklung überantwortet zu sein, für die niemand verantwortlich ist. Die Erregung, mit der die Diskussion über die Kernkraftwerke geführt wird, scheint mir ein deutliches Anzeichen dafür zu sein. Die Bürger wehren sich. Sie haben erkannt, daß die Einführung einer solchen neuen Technologie keine Entscheidung von Experten und Energieunternehmen sein darf, sondern daß es sich um eine politische Entscheidung handelt, für die politische Verantwortung übernommen werden muß. Ich halte das für eine sehr positive Entwicklung. Zum ersten Mal spüren die Bürger, daß man nicht willenlos hinter dem Fortschritt hertröten muß. Sie wollen die Verantwortung klargestellt haben, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem noch entschieden werden kann.

Die Politiker müssen die Verantwortung übernehmen. Sie haben sie übernommen. Ich begrüße die klare Stellungnahme der Bundesregierung. Das Problem ist erkannt. Keine Entscheidung wird über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt werden. Die Bürgerinitiativen haben ihren legitimen politischen Zweck erreicht: Ihr Wort und ihre Bedenken werden gehört werden, auch ohne gewaltsame Demonstrationen.

Eines möchte ich sehr deutlich sagen. Es ist kein legitimes politisches Ziel von Bürgerinitiativen, die Errichtung von Kernkraftwerken unmöglich zu machen, sei es mit friedlichen, sei es mit gewaltsamen Mitteln. Die Entscheidung darüber, ob Kernkraftwerke gebaut werden oder nicht, steht ausschließlich den legitimen demokratischen Institutionen zu. Auch die Kernkraftgegner haben sich der Entscheidung der parlamentarischen Mehrheit zu beugen. Gefällt ihnen diese Entscheidung nicht, müssen sie versuchen, in den hierfür vorgesehenen demokratischen Bahnen ihre Meinung durchzusetzen, das heißt, eine politische Mehrheit für ihre Meinung in dieser Frage zu gewinnen. Wenn es gestattet wäre, daß jede Gruppe ihre eigenen Interessen oder Absichten durchsetzen könnte, unbeschadet der Gesetze und Beschlüsse der legitimen demokratischen Institutionen,

dann wäre bald keine Bauordnung mehr durchsetzbar, dann könnten wir dem Staat und allem geordneten Zusammenleben „Ade“ sagen. Die Bürgerinitiativen verdienen ihren Namen nur, wenn sie aus Bürgern bestehen, das heißt, wenn sie in der Lage sind, ihre Interessen in die Interessen der Gemeinschaft einzuordnen und die Beschlüsse der Mehrheit als Recht zu respektieren. Ein Bürger, der das Recht nicht anerkennt, verdient nicht den Ehrennamen des Bürgers. Bürgerinitiativen, die das Recht nicht anerkennen, sind keine Bürgerinitiativen.

Aber wir Politiker sollten auch selbstkritisch sein und aus begangenen Fehlern lernen. Wie ist es vor nahezu zehn Jahren zur Bildungsdiskussion gekommen? Wie ist es zur Diskussion über die Kernenergie gekommen? Haben die Memoranden, die Vorsprachen in den Ministerien, haben die Kommentare verantwortungsvoller Journalisten etwas bewirkt? Haben die friedlichen Demonstrationen der Studenten oder der Bürgerinitiativen etwas bewirkt? War es nicht so, daß die staatlichen Stellen erst aufwachten, als radikale Elemente zur Gewalt griffen?

Das darf sich nicht wiederholen. Wir stellen die Demokratie selbst in Frage, wenn die Themen, die die Bürger bewegen, von den staatlichen Institutionen erst dann als Themen der Politik erkannt werden, wenn Gewalt angewendet wird.

Die Nutzung der Kernenergie wird sich politisch nur durchsetzen lassen, wenn der Bürger wahrheitsgemäß und umfassend über alle ihre Risiken informiert wird. Er hat das Recht, seine Meinung vorzutragen, und hat auch Anspruch darauf, gehört und ernst genommen zu werden. Die Politiker müssen den Bürgern sagen, wie groß das Risiko bei Reaktorunfällen, auch im denkbar schlimmsten Fall, ist; welche Schäden bei einem „normalen“ Unfall auftreten, welche Schäden bei kleinen technischen Pannen zu erwarten sind, welcher hoher Grad an Sicherheit bei der Entsorgung heute technisch gewährleistet werden kann, welche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden sollen und so weiter. Es muß alles auf den Tisch. Es muß über alles offen und klar geredet werden. Dem Bürger sind ohne umfassende Information keine zusätzliche Risiken zuzumuten.

Alle demokratische Politik gründet sich auf die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen. Diese Glaubwürdigkeit kann verlorengehen, nicht nur durch ausgesprochene Unwahrheiten, sondern auch durch das Verschweigen von Problemen und dadurch, daß man sie verdrängt oder daß man, je nach politischer Opportunität, in Bund und Ländern eine unterschiedliche Politik verfolgt. Ich beobachte beunruhigt, daß sich die Positionen derselben Parteien in Bund und Ländern, zum Beispiel zur Kernenergiefrage, unterscheiden. Das muß den Bürger verwirren. Auch hier zeigt sich, daß eine Fundamentaldiskussion über die neuartigen Probleme, die die wissenschaftlich-technische Zivilisation uns stellt, in den Parteien unbedingt erforderlich ist, und zwar um der Glaubhaftigkeit der Parteien und damit unserer Demokratie willen.

„Der (Energie-)Verteilungskampf geht hin bis zum bewaffneten Konflikt“

Zur Sache selbst: Ich habe in letzter Zeit mit vielen Experten über die Frage der Kernenergie gesprochen, und ich bin, trotz nicht unerheblicher Bedenken, zu dem Ergebnis gekommen, daß es notwendig ist, Kernkraftwerke zu bauen. Ich sage: trotz nicht unerheblicher Bedenken. Mit der Kernenergie sind Risiken verbunden. Aber auch mit der Nichteinführung der Kernenergie sind Risiken verbunden. Ich halte diese Risiken für größer und gewichtiger.

Die Vorstellung, wir könnten es uns leisten, auf die Kernenergie zu verzichten, und alles ginge weiter wie bisher, ist ein Irrtum. In den letzten 13 Jahren hat die Welt mehr Öl verbraucht als in allen Zeiten davor. Das ganze in der Nordsee lagernde Öl reicht nur aus, um den Zuwachsbedarf der Welt von nur einem Jahr zu decken. Die Ölvorräte machen nur 6 Prozent der Primärenergiequellen aus. Der Ölverbrauch wird zunehmen. Es ist abzusehen, wann die letzte Ölquelle erschöpft sein wird. Wenn dann nicht ausreichend Ersatzenergie zur Verfügung steht, droht unserer Gesamtwirtschaft und damit unserem politischen und sozialen System schwerster Schaden, der keinen einzigen von uns ungeschoren lassen würde.

Manche meinen, wir sollten die gegenwärtige Kernenergie-Technologie nicht weiterentwickeln und uns auf die Kernfusions-Technologie konzentrieren, die, wie uns die Experten sagen, geringere Risiken enthält als die Kernspaltung. Zwar würde mit einer funktionierenden Kernfusions-Technologie die Kernenergiefrage, ja die Energiefrage insgesamt, in einem ganz anderen Licht erscheinen. Die damit zusammenhängenden technischen Probleme jedoch sind so schwierig und ihre Lösung, wenn sie überhaupt gelingt, wird so lange Zeit brauchen, daß wir erst *nach* dem abzusehenden Energieengpaß mit ihr rechnen können. Auch die Möglichkeit einer Kernfusion bewahrt uns also nicht vor der Entscheidung, heute für die nächsten Jahrzehnte die Weichen für unsere Energieversorgung zu stellen.

Und noch ein Grund, der wichtigste: Da die Zivilisation der Industrieländer zum großen Teil auf der Energiebasis Öl beruht, wird schon vor der Erschöpfung der Ölquellen der Verteilungskampf um das Öl immer härter werden. Dieser Gefahr für den Weltfrieden, denn dieser Verteilungskampf geht hin bis zum bewaffneten Konflikt, kann am wirksamsten begegnet werden, wenn die Industrieländer in jener Zeit eines möglichen beginnenden Verteilungskampfes über ausreichende Ersatzenergien verfügen. Es ist nicht nur die Sorge um unsere wirtschaftliche Grundstruktur, es ist auch die Sorge um den Weltfrieden, die mich zu einem Befürworter der Kernenergie macht.

Nun könnte man sagen: Wenn das so ist, dann müssen wir eben sparen. Das müssen wir auf jeden Fall. Schon allein aus dem Grund, weil keine Generation das Recht hat, die Rohstoffe dieses Planeten für sich zu verbrauchen. Auch unsere Kinder und Enkel wollen leben. Aber wir können nicht so viel sparen, daß wir der Notwendigkeit einer Ersatzenergie entfliehen können. Je eher wir sie zur Verfügung haben, desto freier können wir später unsere Entscheidungen treffen.

Denn durch die Diskussion über die Kernenergie ist uns deutlich geworden, daß wir uns fragen müssen, ob es eigentlich ein über allen Zweifel erhabenes Ziel ist, uns mit immer größeren Risiken immer größeren Wohlstand zu verschaffen. Sicher, Wohlstand ist ein vernünftiges Ziel; aber gibt es nicht eine Grenze, von der ab „Wohltat Plage“ wird? Von der ab die sozialen Kosten, die Kosten an Lebensfreude, der Preis der Angst und der Unsicherheit zu hoch werden? Immer mehr ernsthaft Menschen in unserem Lande stellen sich diese Fragen. Man sollte sie nicht mit einer leichten Handbewegung abtun. Man sollte beginnen, darüber nachzudenken. Meine Bitte, in eine Diskussion darüber einzutreten, ob und wie die Grundwerte unserer Verfassung in den verschiedenen Lebensbereichen verwirklicht sind oder nicht, enthält diese Aufforderung zur Selbstbesinnung.

Und wenn sich aus dieser Diskussion ergibt, daß es tatsächlich notwendig ist, neue Ziele zu definieren, so brauchen wir dafür eines am dringendsten: Zeit. Eine Umorientierung, die unser

ganzes Leben beträfe, würde noch unabsehbare Probleme mit sich bringen. Um sie zu erkennen und zu lösen, brauchten wir mindestens die Zeit einer Generation. Solange werden wir, auch wenn wir uns zu einer Umorientierung entschlossen haben, ob wir es wollen oder nicht, ob wir es für richtig halten oder nicht, unsere bisherige Lebensweise weiterführen, denn sie läßt sich nicht von heute auf morgen ändern. Das aber wird von einem bestimmten Zeitpunkt, der in nicht allzu ferner Zukunft liegt, ohne die Kernenergie nicht möglich sein.

„Wie haben wir bisher Politik betrieben?“

Die Einführung oder Nichteinführung der Kernenergie sind aber nicht die einzigen Risiken, die uns in dieser Zeit bewußt werden. Gesunkene Öltanker bedrohen das Leben unserer Meere. Die Zwischenprodukte der chemischen Industrie erreichen in manchen Fällen einen Giftigkeitsgrad, den sich der Laie vor dem Unglück in Seveso kaum vorstellen konnte. Auf unseren Straßen starben 1976 14 500 Menschen, 480 000 wurden verletzt, viele von ihnen für ihr Leben Behinderte. Niemand vermag auch so recht abzuschätzen, welche Gefahren von dem massierten Einsatz von Computern in gar nicht so ferner Zeit für unsere Freiheit ausgehen können. Die Bürger konnten die ersten Smogvorwarnungen in Funk und Fernsehen vernehmen. Auch diese Beispiele lassen sich vermehren.

Ich meine: Es ist falsch, nur das Risiko der Kernenergie zu sehen, nur darüber zu diskutieren. Wir müssen erkennen, daß wir an vielen Stellen unserer Gesellschaft Entwicklungen eingeleitet haben, die ähnliche und zum Teil größere Gefahren und Risiken als die Kernenergie bergen. Und überall müssen wir uns fragen, ob wir diese Risiken auf uns nehmen wollen. Zur Zeit wird über die Beteiligung unseres Landes an einem weltweiten Satelliten-Fernsehsystem verhandelt. Dieses System kann dazu führen, daß über 20 verschiedene Programme in jedem deutschen Haushalt empfangen werden können. Dies ist zunächst auch ein Zuwachs an Informationsfreiheit. Aber wissen wir eigentlich, welche Auswirkungen das auf unser gesamtes Mediensystem haben wird? Kann die zunehmende, von dem Bürger kaum noch zu verarbeitende Flut von Nachrichten, die meiner Ansicht nach schon heute das Hauptproblem unserer Meinungsfreiheit ist, nicht zur totalen Desinformation des Bürgers führen? Und noch eines: Aus jener Untersuchung über die Abnahme der Lebensfreude scheint man entnehmen zu können, daß ein wie auch immer zu deutender Zusammenhang zwischen der Gewohnheit des Fernsehens und der wachsenden Passivität und Unlust vorhanden ist.

Ich sage nicht, daß wir uns nicht dem Satellitenfernsehen anschließen sollten. Ich sage nur, daß wir uns *vor* unserer Entscheidung über die damit zusammenhängenden Risiken im klaren sein sollten. Über diese Risiken müssen die Bürger unterrichtet werden. Sie haben ein Recht darauf. Unsere Zukunft darf nicht das Ergebnis irgendeines technischen Fortschritts im Dienste ökonomischer Interessen sein, sondern sie muß das Ergebnis unserer freien Entscheidung sein.

Wir müssen die Dinge im Zusammenhang sehen; wir müssen uns darüber im klaren sein, wie wir in Zukunft leben wollen. Dieser Zusammenhang fehlt noch. Das ist einer der wesentlichen Gründe für die Unsicherheit, die den Bürger befallen hat.

Wie haben wir bisher Politik getrieben? Ich bin mir bewußt, daß ich bei meinen folgenden Ausführungen überzeichne und vereinfache. Aber das scheint mir um der größeren Klarheit willen erforderlich. Blicken wir noch einmal auf die Nachkriegszeit zu-

rück. Damals gab es für uns ein klares Ziel: den Aufbau unseres zerstörten Landes und den Aufbau einer freiheitlichen Demokratie. Alles, was wir taten, jede Einzelmaßnahme, diente diesem Ziel. Und so haben wir uns die Probleme vorgenommen und sie gelöst, eines nach dem anderen.

Herausgekommen ist dabei ein freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat mit einer mächtigen Wirtschaft. Dieses Ergebnis rechtfertigt es, den Aufbau dieses Landes als eine der bedeutendsten politischen Leistungen unserer Geschichte zu bezeichnen. Aber wir müssen uns fragen, ob diese bisher erfolgreiche Methode der Lösung von Einzelproblemen in einem demokratischen Geist für die Zukunft hinreichend ist. Wir konnten so verfahren, weil die Staatseinnahmen in jedem Jahr stiegen. Wir erkannten, daß wir zu wenig Krankenhäuser hatten, also bauten wir Krankenhäuser. Das Auto erfuhr eine ungeahnte Verbreitung. Also bauten wir Autobahnen und Straßen. Es gab zu wenig Universitäten, und diese waren zu klein. Also bauten wir neue Universitäten und erweiterten die alten. Die mit dem Fortschritt neu aufkommenden Probleme lösten wir mit dem Einsatz von mehr Geld.

„Im Grunde nichts anderes als die Kehrseite der Grundwerte-Diskussion“

Heute, wo die Ziele unklar geworden sind, werden wir nicht weiter so verfahren können, auch schon aus dem einfachen Grund, weil das Geld dafür nicht mehr vorhanden ist. Wir können nicht mehr bei den Einzelproblemen stehenbleiben, wir müssen nunmehr den Gesamtzusammenhang in der Politik erarbeiten.

Denn alles hängt ja miteinander zusammen. Je mehr Autos produziert werden, desto mehr Straßen brauchen wir, je mehr Straßen wir bauen, desto mehr Autos werden produziert. Das hat zur Folge, daß immer mehr Menschen mit dem Auto fahren und immer weniger mit der Eisenbahn. Das ist wieder einer der Hauptgründe für das 10-Milliarden-Defizit der Bundesbahn. Der vermehrte Straßenbau greift auch tief in die Struktur unserer Landschaft ein. Die immer zunehmende Zahl von Autos stellt eine immer steigende Gefahr für die Reinhaltung der Luft dar, der wieder mit großem Einsatz von Mitteln begegnet werden muß. Das Auto hat die Gesamtstruktur unserer Städte und Landschaften verändert. Über all dem ist die Autoindustrie zu einer Schlüsselindustrie unserer Wirtschaft geworden, die, alles in allem, Millionen von Arbeitnehmern beschäftigt. Dies ist nur ein Beispiel unter tausend möglichen. Man kann keine Bundesbahnpolitik machen ohne ein Gesamtkonzept der Verkehrspolitik. Man kann keine Verkehrspolitik machen ohne ein Gesamtkonzept der Wirtschaftspolitik. Man kann keine Umweltpolitik machen ohne ein übergreifendes Konzept, in das die Verkehrs- und die Wirtschaftspolitik eingehen müssen. Keine politische Frage kann mehr als Einzelproblem behandelt werden; jede kann nur noch in einer politischen Gesamtkonzeption sinnvoll beantwortet werden. Solche politischen Gesamtbilder zu erarbeiten erscheint mir als die große Aufgabe der Politik am Ende dieses Jahrhunderts. Dieses Problem ist so umfassend, so komplex und schwierig, daß es billig wäre, irgend jemanden für das Fehlen eines solchen Konzeptes verantwortlich zu machen. Geben wir es offen zu, wir haben alle keins.

Solche Gesamtbilder können sich nur ergeben aus einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit. Diese Diskussion ist im Grunde nichts anderes als die Kehrseite der Grundwerte-Diskussion. Geht diese von den Grundwerten selbst aus und mißt die Realität

an diesen Werten, so zielt jene darauf, die verselbständigten Teilziele in einen Gesamtzusammenhang zu bringen, der eben durch die Grundwerte bestimmt ist. Alle müssen zur Diskussion beitragen, die Politiker, die Tarifpartner, die Wissenschaftler, die Journalisten, alle. Eine besondere Verantwortung liegt bei den Massenmedien, in denen sich die öffentliche Diskussion weitgehend abspielt und die die Informationen über diese Diskussion den Bürgern vermitteln. Wenn politische Belanglosigkeiten zu historischen Ereignissen hochstilisiert werden, ist eine Rückbesinnung auf die Grundfragen unseres Staates nicht möglich. Verglichen mit den Problemen unseres Bildungswesens, sollte der Fall Krupinski/Franke eine Randnotiz auf Seite 5 sein und nicht wochenlang die Zeitungen beherrschen.

„Verdrängt nicht die Aktualitätssucht der Medien die langfristigen Probleme?“

Wir müssen heraus aus dem Ressortdenken, wir müssen heraus aus dem Denken der Interessen- und Wählergruppen. Ja, ich glaube, daß selbst Interessengruppen heute ihre eigenen Interessen gar nicht richtig definieren können, ohne ein solches Gesamtbild der Politik entworfen zu haben. Das gilt für alle. Was die Interessen der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Parteien, der Beamten, aller Gruppen in unserem Land angesichts der vorgegebenen Situation wirklich sind, das weiß im Grunde keiner. Es kann durchaus sein, daß das, was die einzelnen Gruppen gegenwärtig dafür halten, sich in relativ kurzer Zeit als ein den Interessen gerade dieser Gruppe schädlicher Irrtum erweist. Das Interesse einer Gruppe läßt sich nur vom Allgemeinwohl her bestimmen. Ich bestreite nicht, daß sich die führenden Vertreter der gesellschaftlichen und politischen Gruppen rationale und wohlfundierte Gedanken machen. Ich frage nur, ob die Grundlagen, von der diese Überlegungen ausgehen, überhaupt noch vorhanden sind. Diese Frage sollten wir uns alle stellen.

Daß sie so selten gestellt wird, hat viele Gründe. Da ist einmal die noch weithin anzutreffende Überzeugung, daß alles, was der technisch-wissenschaftliche Fortschritt bringe, gut sei. Und dann: man hat mit der bisherigen Methode Erfolg gehabt. Was könnte es Überzeugenderes geben als den Erfolg? Und glaubt man deshalb nicht auch, daß jede Änderung Schaden bringen müsse?

Den Parteien machen, mehr oder minder, Flügelkämpfe zu schaffen. Kann der Vorschlag zu einer Neubesinnung nicht zu neuen Flügelkämpfen führen? Und wenn man einen neuen Gedanken versucht, ist dann der politische Gegner nicht allzu bereit, zu behaupten, dieser Gedanke sei möglicherweise gar verfassungswidrig? Also läßt man es lieber. Und wie steht es mit der Information? Werden die wissenschaftlichen Forschungen, die uns die Grundlagen einer sachgerechten Diskussion unserer wahren Probleme ermöglichen, von den Wissenschaftlern, den Politikern, den Massenmedien eigentlich geliefert? Verdrängt nicht die Aktualitätssucht der Medien die eigentlichen langfristigen Probleme? – Ich bin gespannt darauf, was die Medien morgen von diesem Vortrag als wichtig bringen werden. – Und führt das nicht wieder dazu, daß sich die Politiker hauptsächlich mit dem beschäftigen müssen, was die Medien für aktuell halten? Wer spricht heute noch von den Schwierigkeiten der Bildungspolitik? Wer spricht heute von der immer noch steigenden Drogensucht? Läßt die Flut der Gesetze unseren Abgeordneten überhaupt noch die Zeit und die Möglichkeit, in der Masse des Unwesentlichen

die zwei Gesetze zu erkennen, die unsere Zukunft verändern? Stimmt der alte Gegensatz zwischen Konservativen und Progressiven eigentlich noch? Und wird dieser Gegensatz den neuartigen Problemen noch gerecht? Gibt es nicht einen neuen Konservatismus, der die überkommenen Natur- und Kulturwerte vor einem zerstörerischen technischen Fortschritt schützen will, und neue Progressive, die den Fortschritt nicht mehr wirtschaftlich, sondern nach den Kategorien der Lebensqualität beurteilen? Stehen sich Neuprogressive und Neukonservative nicht näher als Neukonservative und Altkonservative bzw. Neuprogressive und Altprogressive?

Fragen über Fragen. Wie man sie sich auch beantworten mag: der Versuch, Neues zu denken, hat es schwer in unserem Lande. Und dennoch muß dieser Versuch gemacht werden.

„Wir sollten uns die Hoffnung von Schwarzsehern nicht nehmen lassen“

Denn die Veränderungen, die heute schon in unserem Lande und in der Welt vor sich gehen, sind groß. Der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung ist ein deutlicher Hinweis und eine Warnung. Wissenschaftler warnen uns vor der Erschöpfung der Rohstoffquellen. Die Grenzen der Belastbarkeit der Umwelt werden sichtbar. In zehn Jahren ändert sich die Welt mehr als früher in Jahrhunderten. Manche sprechen von einer Zeitenwende. Es mag dem einzelnen überlassen bleiben, wie tief er den Einschnitt sieht. Wichtig ist nur, daß wir das Ausmaß der Veränderungen erkennen.

Die mit diesen Änderungen heraufkommenden Probleme sind von einer solchen Größenordnung, daß wir auch unseren politischen Stil ändern müssen, wenn wir sie diskutieren. Die alte Praxis, daß auch vernünftige Vorschläge des politischen Andersdenkenden nur deswegen, weil sie von daher kommen, abgelehnt werden, ist in parlamentarischen Debatten, in denen es um die Zukunft unseres Volkes geht, nicht mehr angemessen, und – da möge sich niemand täuschen – sie wird von den Bürgern nicht mehr honoriert. Ein vernünftiges Ergebnis werden wir nur dann erwarten können, wenn alle Seiten bereit sind, auf den Beitrag des anderen zu hören, ihn ernst zu nehmen, in den eigenen Gremien zu diskutieren und die Teile, die einem aufgrund der eigenen Überzeugung als erwägenswert erscheinen, zu übernehmen. Dergleichen geschieht heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit schon hundertfach in den Ausschüssen. Angesichts der Bedeutung der vor uns stehenden Fragen, wäre es verhängnisvoll, wenn die notwendige parlamentarische Diskussion vor den Bürgern nur kontrovers und nicht, wie es die Aufgabe verlangt, in dem Bemühen um eine gemeinsame Lösung geführt würde. Ich glaube an die freie Auseinandersetzung auf dem Markt der Meinungen. Niemand hat den Stein der Weisen. Aber alle geistigen Kräfte unseres Volkes, im Meinungskampf sich gegenseitig klärend, sie wären sehr wohl imstande, uns Bilder der Zukunft und Wege dahin zu zeigen, die wir brauchen, um Freude an unserem Leben haben zu können.

Ich bin kein Pessimist. Ich glaube, daß wir in der Lage sind, diese Aufgabe zu lösen. Wir sollten uns diese Hoffnung von Schwarzsehern nicht nehmen lassen. Ich habe Hoffnung. Doch wir können um so mehr Hoffnung haben, je eher wir damit beginnen, über die Zukunft nachzudenken, uns auf sie einzurichten, die Weichen zu stellen. Wir sollten heute, jetzt damit beginnen.